Stadt Haan

Niederschrift über die

7. Sitzung des Rates der Stadt Haan

am Dienstag, dem 29.06.2010 um 17:00 Uhr im Bürgerhaus Gruiten

Beginn: Ende: 17:00 18:37

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann bis TOP 15

Stv. Peter Bartz

Stv. Mantoy Becker

Stv. Wolfgang Goeken

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Stv. Dr. Dieter Gräßler bis TOP 15

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Meike Lukat

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

Stv. Brigitte Taschke

Stv. Andreas Wasgien

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Ute Dörr

Stv. Jörg Dürr

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

Stv. Michael Petersen

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Michael Schneider

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfsperger

Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Michael Ruppert

Stv. Klaus Straßburg Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper Stv. Andreas Rehm Stv. Jochen Sack

Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz Stv. Klaus Negro

Verwaltung

Herr Jürgen Rautenberg Herr Michael Rennert Herr Wilhelm Terhardt

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

<u>Der Vorsitzende Knut vom Bovert</u> eröffnet um 17:00 Uhr die 7. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm. vom Bovert erklärt, analog zur Sitzung des HFA werde der TOP 2 von der Tagesordnung genommen, da der Sozialausschuss sich eine weitere Beratung der Thematik vorbehalten habe. Neuer TOP 2 werde der ursprüngliche TOP 19, da eine öffentliche Beratung gewünscht und rechtlich auch vertretbar sei. Weiterhin nehme die Verwaltung den TOP 16 von der Tagesordnung, da die Herren Hess und Siebel den Wunsch äußerten, erst im September ihr Konzept vorstellen zu müssen. Eine Dringlichkeit bestehe insofern nicht.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen.

2./ Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Haan GmbH am 05.07.2010 - hier: Vorlage und Beratung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009; Vertretung der Stadt Haan nach § 113 Abs. 1 GO NRW Vorlage: 10/056/2010

Abstimmungsergebnis:

- a) einstimmig
- b) 34 Ja- und 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen
- c) einstimmig

Beschluss:

"Entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Haan GmbH aus der Sitzung des Aufsichtsrates am 09.06.2010 an die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Haan GmbH beauftragt der Rat der Stadt Haan nach § 113 Abs. 1 Sätze 1 und 2 GO NRW Herrn Bürgermeister Knut vom Bovert in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Haan GmbH am 05.07.2010 zum Tagesordnungspunkt

Vorlage und Beratung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009

wie folgt zu beschließen:

- a) "Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 fest. Das Prüfergebnis (Jahresabschluss und Lagebericht zum
 31.12.2009) des Abschlussprüfers wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- b) Die Gesellschafterversammlung schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates an und beschließt aus dem Jahresüberschuss in Höhe von € 787.472,48, einen Betrag von € 472.484,00 an die Stadt Haan auszuschütten und den verbleibenden Betrag von € 314.988,48 den anderen Gewinnrücklagen der Stadtwerke Haan GmbH zuzuführen.
- c) Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Haan GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt."

3./ Rederecht in Ratsausschüssen

- hier: Antrag des Seniorenbeirats

Vorlage: 10/059/2010

Protokoll:

<u>Stv. Ruppert</u> erklärt, die Fraktionsvorsitzendenrunde sei sich darüber einig gewesen, dass für den Seniorenbeirat kein generelles Rederecht in allen Ausschüssen gelten solle. Allerdings könnten diesem auf dessen Initiative Rederechte in den Sitzungen eingeräumt werden.

<u>Stv. Wetterau</u> ist der Ansicht, dass die Mitsprachemöglichkeiten bislang schon ausreichend seien und möchte die praktischen Erfahrungen mit einer solch flexiblen Regelung, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, abwarten, bevor ganze Regelwerke zu ändern seien.

<u>Stv. Wollmann</u> appelliert an den Rat, direkt für klare Verhältnisse zu sorgen. Die Vertreter des Seniorenbeirates sollten mit Stellvertretern als sachkundige Bürger in allen Ausschüssen vereidigt werden und ein Rederecht erhalten.

<u>Stv. Lukat</u> ist der Auffassung, es handele sich um den Seniorenbeirat und nicht den Ältestenrat der Stadt. Auch das Jugendparlament habe kein generelles Rederecht in allen Ausschüssen. Der Seniorenbeirat habe ausreichende demokratische Möglichkeiten, sich in allen Ausschüssen Gehör zu verschaffen.

<u>Stv. Pohler</u> stellt klar, der Seniorenbeirat müsse sich im Namen der Senioren immer einschalten können. Er schlage eine Regelung analog zum Schul-und Sportausschuss vor, in dem viele Sachkundige regelmäßig zu Wort kämen.

Stv. Wollmann bekräftigt, keine Übergangslösung einrichten zu wollen. Eine Sit-

zungsunterbrechung, um die Vertreter des Seniorenbeirats zu Wort kommen zu lassen, erlaube keine lebendige Diskussion mit Politik und Verwaltung.

<u>Stv. Stracke</u> berichtet, der Seniorenbeirat werde im Sozialausschuss so oft gehört, wie dieser es wolle. Die Mitglieder des Seniorenbeirates seien von den Bürgern gewählt worden, damit diese ihre Interessen in den politischen Gremien vertreten könnten. Sie könnten nicht als Sachverständige angesehen werden. Man könne nicht auf Dauer einen Teil der Bevölkerung von den politischen Beratungen ausschließen. Er beantrage eine Sitzungsunterbrechung, um den anwesenden Vertreter des Seniorenbeirats, Herrn Sattler, Gelegenheit zu geben, den Antrag des Seniorenbeirats zu erläutern.

<u>Stv. Sack</u> spricht sich im Namen der GAL-Fraktion für ein Rederecht der Vertreter des Seniorenbeirats in allen Ausschüssen aus. In dieser Hinsicht seien die Gremien zu Beginn der Legislaturperiode nicht richtig auf den Weg gebracht worden. Die Ausschüsse seien viel zu groß geraten. Darüberhinaus müsse dem Jugendparlament auf Verlangen ein gleiches Recht eingeräumt werden.

Der Antrag auf Sitzungsunterbrechung mit dem Ziel, Herrn Sattler vom Seniorenbeirat Gelegenheit zur Erläuterung seines Antrages zu geben wird mit 18 Ja- und 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit dem Hinweis darauf, dass die Fraktionsvorsitzendenrunde sich bei diesem Thema bereits einig war, beantragt **Stv. Lemke** den Schluss der Debatte.

Dies wird mit 21 Ja- und 20 Nein-Stimmen angenommen.

Der Vorschlag der Verwaltung, Vertreter und Stellvertreter des Seniorenbeirates für jeden Ausschuss durch den Rat als sachkundige Bürger vereidigen zu lassen wird mit 17 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Bgm. vom Bovert hält die Angelegenheit für zu wichtig, um eine womöglich nicht ausreichend vorbereitete Entscheidung zu treffen und schlägt eine erneute Beratung in der Fraktionsvorsitzendenrunde vor.

<u>Stv. Sack</u> moniert, die Fraktionsvorsitzendenrunde sei als reiner Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Politik gedacht. Die Klärung und Beratung strittiger Fragen obliege nachwievor dem Rat.

Daraufhin schlägt **Bgm. vom Bovert** vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Rates erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Bis dahin bitte er um interfraktionelle Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes erfolgt eine erneute Beratung in der kommenden Sitzung des Rates. Bis dahin soll eine interfraktionelle Abstimmung erfolgen."

4./ Bebauungsplan Nr. 161 "Champagne" als Bebauungsplan der Innenentwicklung, § 13a BauGB

hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB;

Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB

Vorlage: 61/024/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- "1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB sowie über die im Verfahren nach § 4a (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
- 2. Der Bebauungsplan Nr. 161 "Champagne" in der Fassung vom 20.05.2010 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 20.05.2010 wird zugestimmt.
 Das Plangebiet befindet sich im südöstlichen Siedlungsbereich des Stadtteils Gruiten. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die gewerblich genutzten Flächen und eine zu Wohnzwecken genutzte Fläche entlang der Straße Champagne, zwischen der Bahnlinie im Norden und der Gruitener Straße im Süden. Im Westen umfasst das Plangebiet die städtischen Flurstücke Nr. 1221, 1517 und 1582 in Flur 2 der Gemarkung Obgruiten. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung."

(**Stv. Rehm** hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

5./ 5. Änderung des Landschaftsplanes des Kreises Mettmann

hier: Stellungnahme der Stadt Haan

Vorlage: 61/028/2010

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einstimmig

Beschluss:

"Gegen den Entwurf der 5. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Mettmann bestehen seitens der Stadt Haan keine Bedenken."

6./ Masterplan Neandertal

hier: Beteiligung der Stadt Haan an Maßnahmen

Vorlage: 61/029/2010

Protokoll:

<u>Stv. Herder</u> kritisiert die wenig transparenten Kosten des Projektes. Der Kostenrahmen sei plötzlich reduziert worden und erwecke daher den Eindruck von schlechter Planung und Beliebigkeit. Er möchte wissen, wie hoch der finanzielle Anteil im Falle der Umsetzung für die Stadt Haan tatsächlich sei.

<u>Stv. Ruppert</u> macht deutlich, dies sei nicht auf den Euro zu beziffern und hänge nicht zuletzt davon ab, ob der Kreis im Wettstreit siege oder verliere. Der Löwenanteil der Maßnahmen werde aber durch die Stiftung Neandertal getragen.

<u>Stv. Lemke</u> erklärt, die CDU-Fraktion werde der geplanten Teilstück-Schließung des Wanderweges mit Verbindung nach Gruiten nicht zustimmen und bitte um entsprechende Ergänzung des Beschlussvorschlages.

<u>Stv. Rehm</u> bedeutet, auch die GAL-Fraktion habe ihr Unbehagen noch nicht gänzlich beseitigen können und bitte daher um getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Beschlussvorschlages.

<u>Stv. Wolfsperger</u> hält sämtliche Ergänzungen des Beschlusses für verzichtbar. Die gezeigte Kooperationsbereitschaft signalisiere ausreichendes Beteiligungsbegehren. Der Wanderweg gehöre dem Kreis und könne hierdurch nicht beeinflusst werden.

<u>Stv. Ruppert</u> spricht sich dafür aus, dennoch die Haaner Vorbehalte in den Beschluss aufzunehmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

zu 1.) 36 Ja- Stimmen bei 5 Enthaltungen

zu 2.) einstimmig

Beschluss:

- "1. Die Stadt Haan erklärt ihre Kooperationsbereitschaft bei der Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des Masterplans Neandertal. Die Stadt geht davon aus, dass Detailfragen zur Umsetzung mit ihr abgestimmt werden."
- 2. Zur anteiligen Finanzierung der Maßnahmen werden der derzeitigen Haushaltssituation Rechnung tragend keine Mittel zur Verfügung gestellt."
- 7./ Sonderpädagogische Förderung an Schulen
 - a) Gemeinsamer Unterricht im Schuljahr 2010/2001
 - b) Einrichtung von Integrativen Lerngruppen an der Hauptschule "Zum Diek"

Vorlage: 40/014/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- "1. Der Schulträger erteilt seine Zustimmung zum Gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 2010/2011.
- Der Einrichtung von Integrativen Lerngruppen an der Hauptschule "Zum Diek" ab dem Schuljahr 2010/2011 wird bis auf weiteres zugestimmt. Voraussetzung sind die Gewährleistung der personellen Voraussetzungen seitens des Landes sowie die Zustimmung der Schulkonferenz."

8./ Ganztagsoffensive Pädagogische Übermittagbetreuung Vorlage: 40/015/2010

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einstimmig

Beschluss:

- "1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Dem Vorschlag der Verwaltung, mit der Organisation und Durchführung des Angebotes der "Pädagogischen Übermittagbetreuung" an Realschule und Gymnasium zunächst für die Dauer des Schuljahres 2010/2011 den Verein "Interaktiv e.V." zu beauftragen, wird vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenzen sowie dem Erhalt von Landesmitteln zugestimmt. Basis für die Verhandlungen bildet der als Anlage 1 beigefügte Entwurf einer Kooperationsvereinbarung.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, ergänzend zu der pädagogischen Betreuung im Rahmen der Pädagogischen Übermittagbetreuung ebenfalls hinsichtlich des Einsatzes bisher von der Stadt Haan beschäftigten hauswirtschaftlichen Kräften für den Mittagstisch an den weiterführenden Schulen auf Basis des in dieser Sitzungsvorlage aufgezeigten Bedarfs sowie im Rahmen des im Haushalt 2010 sowie der Finanzplanung enthaltenen finanziellen Budgets für die Dauer des Schuljahres 2010/2011 mit Interaktiv e.V. zu verhandeln und, positives Verhandlungsergebnis vorausgesetzt, vertraglich entsprechend zu regeln."
- 9./ Städtische Übergangsheime / Unterbringungskonzept; Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 01.06.2010; Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 01.06.2010 Vorlage: 51/021/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 ein neues bzw. überarbeitetes Unterbringungskonzept unter Berücksichtigung der Erfahrungen bzw. Erkenntnisse aus dem mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann durchgeführten Betreuungsmanagement zu entwickeln und vorzulegen.

Der Rat beschließt, die in der Sitzung des Rates am 21.06.2006 gefassten Beschlüs-

se zu 1., 2., 3. und 4 bis dahin auszusetzen."

Satzung über das Aufstellen und Anbringen von Werbeträgern - Ergänzung

Vorlage: 23/020/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bovert bittet um Zustimmung zu einer weiteren Änderung im Beschlussvorschlag, die eine flexiblere Handhabung ermöglichen solle. Der Wortteil "...jubiläen" soll gegen "...veranstaltungen" ausgetauscht werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Satzung wird in § 4 Abs. 1 wie folgt ergänzt:

§ 4

Bestimmung über das großflächige Plakatieren

. . .

(1) Großflächige Werbeträger dürfen nur für die politische Werbung bei Wahlen, für Werbeaktionen anlässlich kultureller Veranstaltungen (z.B. Haaner Kirmes), für überregionale Großsportveranstaltungen, Märkte, Messen bzw. Kongresse (z.B. Parteitage) sowie für Vereins- oder Stadtveranstaltungen zugelassen werden. Großflächige Werbeträger dürfen eine Sponsoringwerbung bis zu 15 % je Werbefläche enthalten."

11./ Straßenbenennung

Lageplan zum Straßenbau Technologiepark Haan (Planstraße A) Vorlage: 23/022/2010

Protokoll:

Stv. Lemke schlägt den Namen "Niederbergische Allee" vor.

Stv. Pohler möchte eine engere Anlehnung an den Technologiepark und schlägt

"Edelhoff Straße" und "Krieckhausener Straße" vor.

Stv. Rehm schlägt ein Durchnummerieren des Technologieparks vor.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja- und 10 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen

Beschluss:

"Die im Lageplan zum Straßenbau Technologiepark Haan (BP 162) ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche (Planstraße A) erhält die Bezeichnung

"Niederbergische Allee".

12./ Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Sparkassenverwaltungsrat

Vorlage: 10/055/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Herr Ronald Fellmin wird als Nachfolger von Herrn Oliver Oomen als Stellvertreter für das Mitglied Detlef Sprindt im Sparkassenverwaltungsrat benannt."

13./ Neubesetzung von Verbänden Vorlage: 10/060/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Zum Nachfolger für Herrn Buckesfeld als

Mitglied im Verbandsausschuss des Zweckverbandes Ittertal

und

Vorstandsmitglied im Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes

wird Herr Bürgermeister Knut vom Bovert bestellt bzw. vorgeschlagen."

14./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

<u>Stv. Wetterau</u> erinnert an die Vereinbarung zwischen Verwaltung und Politik rechtzeitig im Personalsektor tätig zu werden, um schon im kommenden Jahr einen different strukturierten Stellenplan aufstellen zu können. Er möchte wissen, wann mit einer entsprechenden Einladung zum AK Personal zu rechnen sei.

StOVR Terhardt erklärt, wunschgemäß habe die Verwaltung das GPA mit der Anfrage kontaktiert, ob sich diese im Stande sehe, die Verwaltung bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Sobald von dort eine verwertbare Antwort komme, erfolge umgehend eine Einladung zum AK Personal.

<u>Stv. Negro</u> moniert, dass die Verwaltung entgegen des § 11 (8) der Hauptsatzung den Antragstellern von Bürgeranträgen keine Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen im HFA erteile.

StOVR Terhardt erläutert, das Hauptamt teile den Antragstellern Eingang und Beratungsort sowie –zeit mit. Es sei Aufgabe der Fachämter, die Antragsteller über die Ergebnisse der Ausschussberatung zu bescheiden.

<u>Bgm. vom Bovert</u> sagt zu, die Fachämter noch einmal dahingehend zu sensibilisieren.

<u>Stv. Altmann</u> möchte anlässlich der zeitweise gesperrten B 228 nach den WM-Fußballspielen wissen, ob die Verkehrsbetriebe über die Sperrungen informiert würden und die Ausweichstrecken der Busse vorgäben.

<u>Bgm. vom Bovert</u> führt aus, die Abstimmung erfolge mit der örtlichen Polizeibehörde.

<u>Stv. Elker</u> ergänzt, die Verkehrsbetriebe würden ebenfalls über die Sperrung in Kenntnis gesetzt. Umleitungsstrecken würden aber nicht wie z.B. zu Kirmeszeiten vorgegeben, sondern lägen im eigenen Ermessen der Verkehrsbetriebe.

15./ Mitteilungen

Protokoll:

<u>Stv. Rehm</u> dankt im Namen der GAL-Fraktion der Verwaltung für den Link zum Musterwiderspruch gegen die Erfassung durch Google Street View auf der städtischen Hompage. Dies erspare der GAL-Fraktion einen Antrag.

<u>Bgm. vom Bovert</u> bittet die Interessenten an der Guttentag-Reise, sich schnell bei ihm zu melden.